

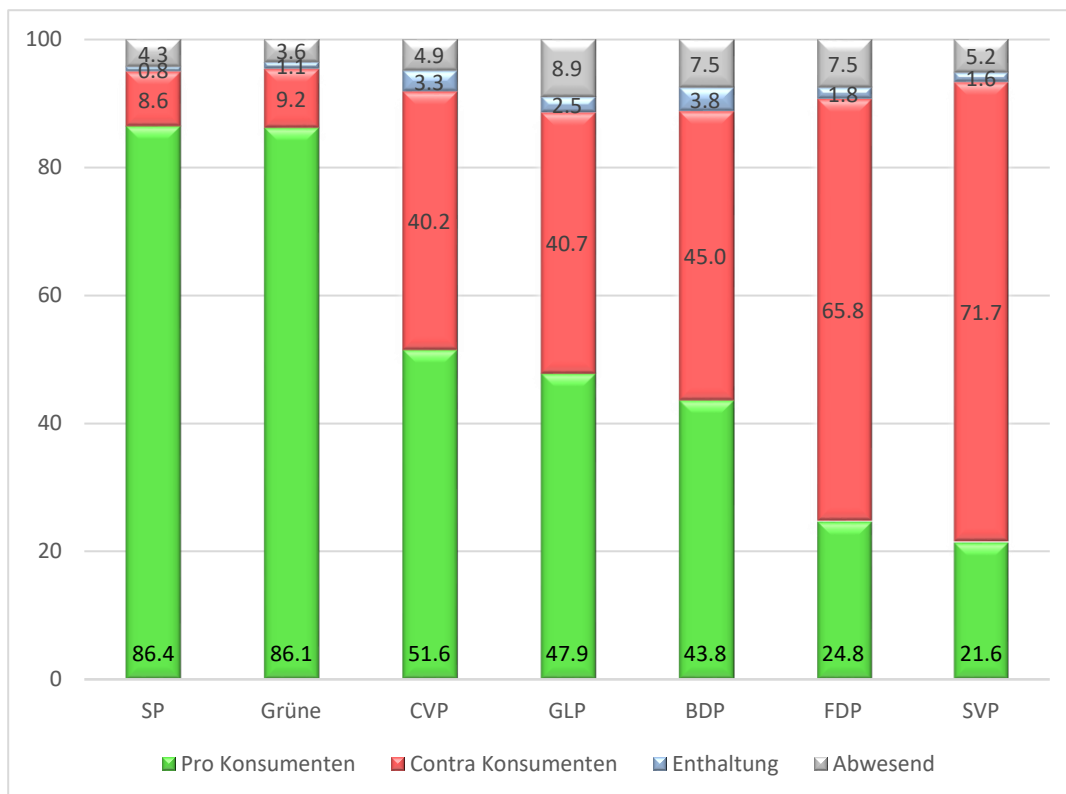
Parlamentarierrating 2019: Welche Parteien und PolitikerInnen unterstützen die Anliegen der KonsumentInnen?

Für die Legislatur 2015-2019 hat die Allianz der Konsumentenschutz-Organisationen (Konsumentenschutz, FRC, ACSI) das Abstimmungsverhalten aller NationalrätInnen untersucht und analysiert, welche ParlamentarierInnen sich wie oft für oder gegen die Anliegen der KonsumentInnen eingesetzt haben.

1. Auswertung nach Fraktionen

Tabelle 1 zeigt, dass die ParlamentarierInnen der SP-Fraktion bei 86.4% aller Entscheide für die Anliegen der KonsumentInnen gestimmt haben, bei den restlichen Abstimmungen waren sie abwesend (4.3%), haben sich enthalten (0.8%) oder gegen ein Konsumenten Anliegen gestimmt (8.6%). Auf Rang 2 folgen die Grünen. Deren ParlamentarierInnen haben in 86.1% aller Fälle für die Konsumenten Anliegen gestimmt. Auf den weiteren Plätzen folgen die Fraktionen der CVP (51.6%), der Grünliberalen (47.9%) der BDP (43.8%) und der FDP (24.8%). Auf dem letzten Platz landet die SVP-Fraktion, deren Mitglieder stimmten nur in 21.6% der Fälle für die Anliegen der KonsumentInnen. Berücksichtigt wurden 40 Abstimmungen im Nationalrat (siehe Anhang am Ende dieses Dokuments).

Tabelle 1: Unterstützung von Konsumenten Anliegen durch die Fraktionen



2. Auswertung nach ParlamentarierInnen

Die SP-NationalrätInnen Prisca Birrer-Heimo (LU), Yvonne Feri (AG) und Beat Jans (BS) haben in 37 von 40 Abstimmungen für die Interessen der KonsumentInnen votiert. Sie sind damit die konsumentenfreundlichsten ParlamentarierInnen der letzten vier Jahre (siehe Tabelle 2).

Die vordersten Plätze werden allesamt von PolitikerInnen der SP und der Grünen belegt. Einzig EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller (BE) vermag die rote-grüne Dominanz zu durchbrechen (die EVP gehört zur CVP-Fraktion, sie wird deshalb in Tabelle 1 nicht separat ausgewiesen).

Der konsumentenfreundlichste CVP-Politiker ist Stefan Müller-Altermatt (SO) – er hat 24 Mal für und 15 Mal gegen die Konsumentenangelegenheiten gestimmt. Die Schlusslichter bei der CVP, Ida Glanzmann-Hunkeler (LU) und Fabio Regazzi (TI), haben knapp öfters gegen als für die Interessen der KonsumentInnen gestimmt.

Bei den Grünliberalen halten sich die Entscheidungen in etwa die Waage. Ausreisser sind Isabelle Chevalley (VD) mit 23:12 für die KonsumentInnen- und auf der anderen Seite der Zürcher Martin Bäumle (13:15 gegen die Konsumentenangelegenheiten).

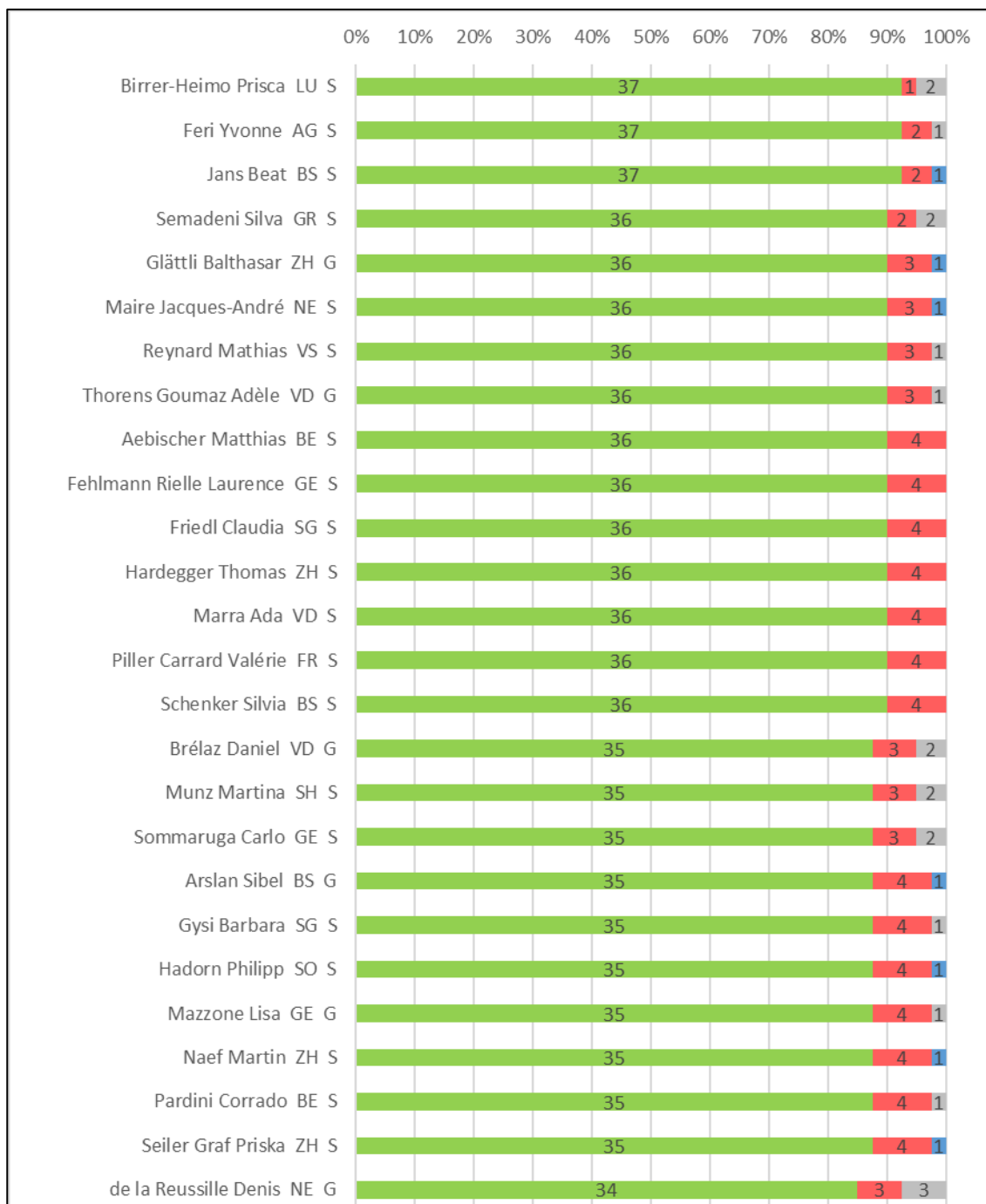
Bei der BDP führt Duri Campbell (21:17) aus Graubünden die Wertung an, der Aargauer Bernhard Guhl (16:20) und der Berner Hans Grunder (13:15) sind etwas kritischer gegenüber den Anliegen der KonsumentInnen.

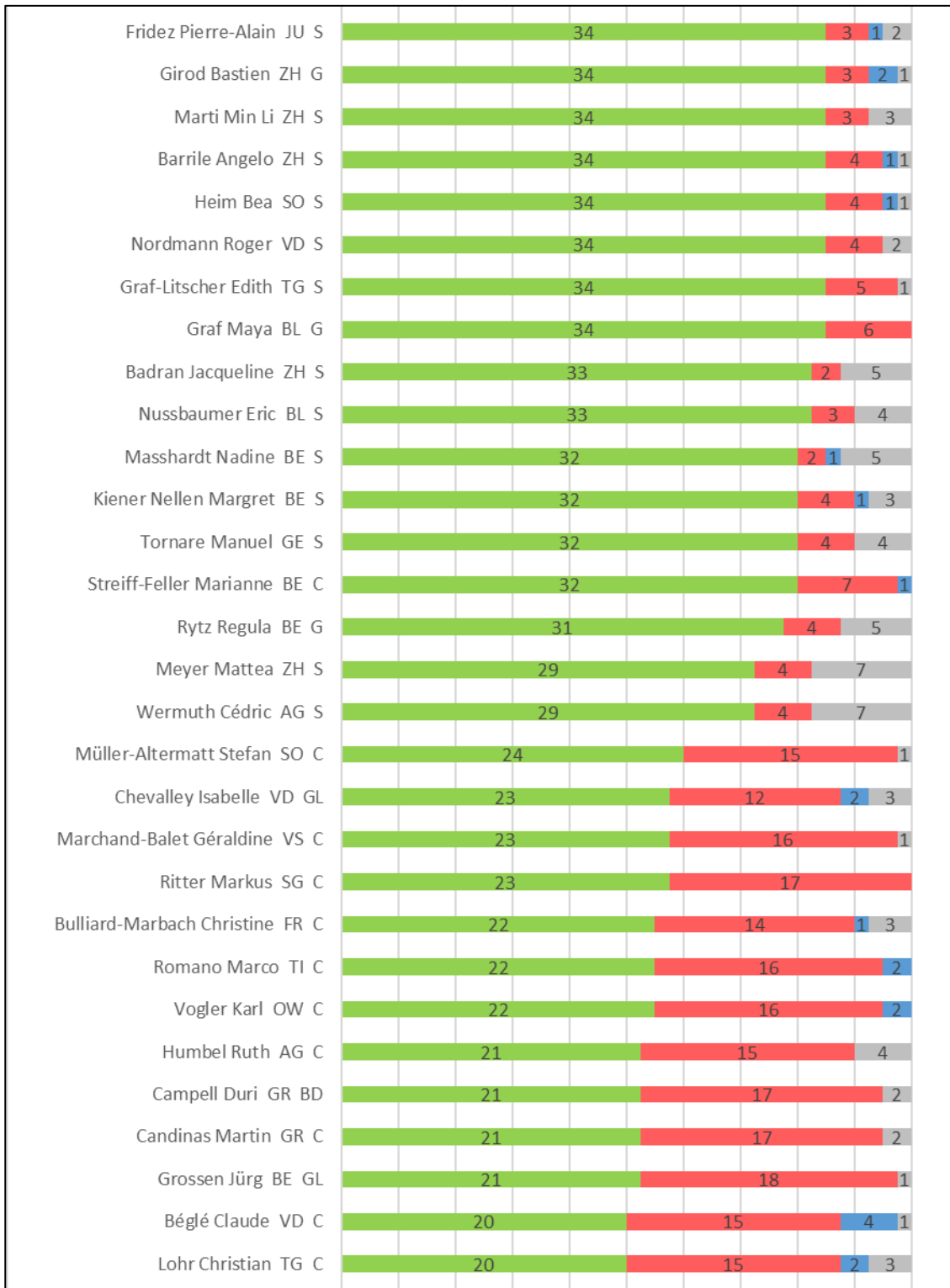
Bei der FDP gibt es keine PolitikerInnen, die mehrheitlich für Konsumentenforderungen gestimmt haben. Am besten schneiden Benoît Genecand (GE), Walter Müller (SG) und Doris Fiala (ZH) ab. Schlusslichter sind Albert Vitali (LU), Fathi Derder (VD) und Peter Schilliger (LU).

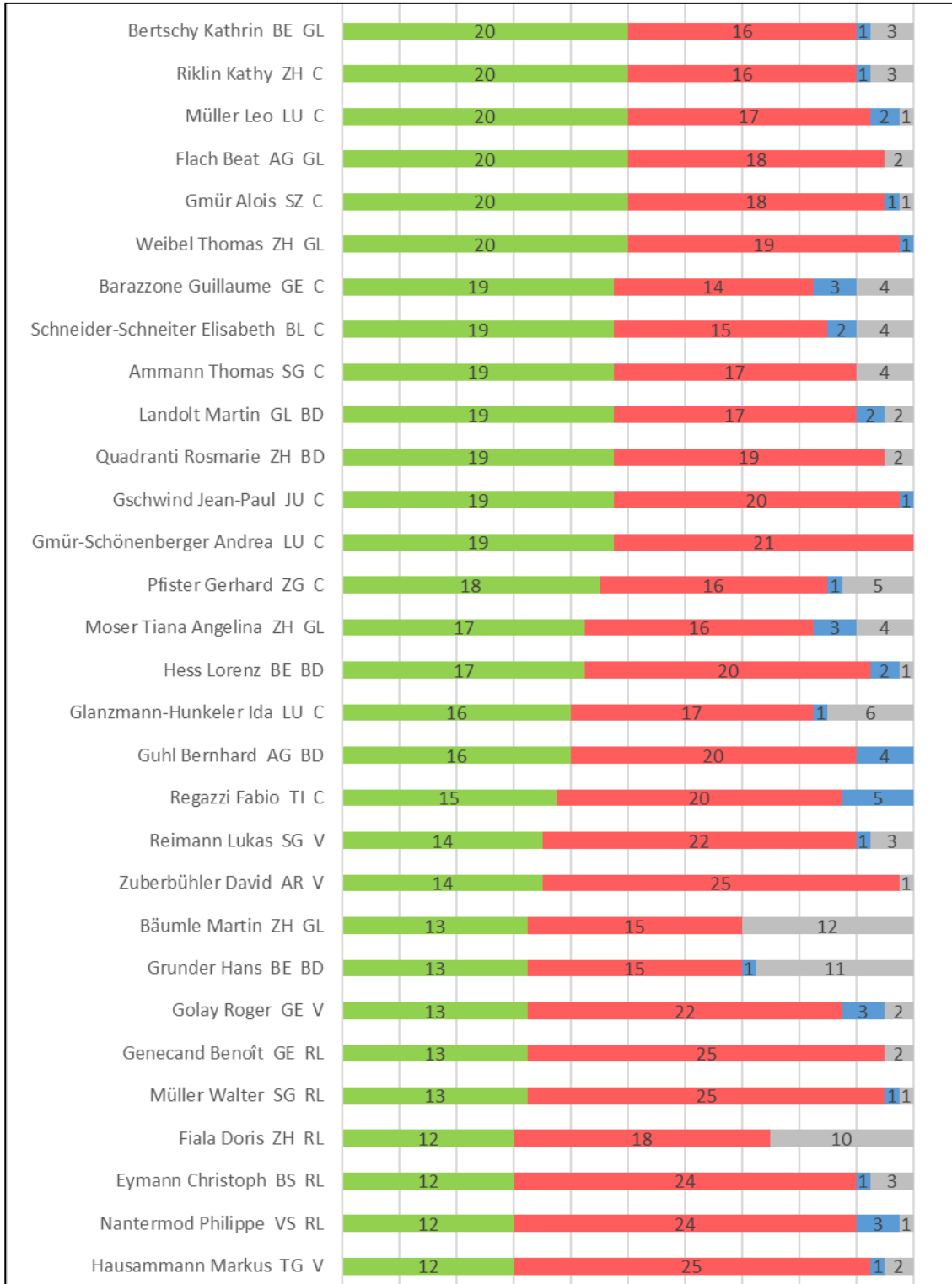
Wie bei der FDP haben auch alle NationalrätInnen der SVP-Fraktion mehrheitlich gegen die Konsumenteninteressen votiert. Noch am ehesten engagierten sich Lukas Reimann (SG), David Zuberbühler (AR) und Roger Golay (GE) für die KonsumentInnen. Die drei Zürcher SVP-Vertreter Gregor Rutz, Hans-Ueli Vogt und Claudio Zanetti waren in der Legislatur 2015-2019 die am wenigsten konsumentenfreundlichen Parlamentarier überhaupt. Zanetti stimmte insgesamt 4 Mal für und 36 Mal gegen die Konsumentenangelegenheiten.

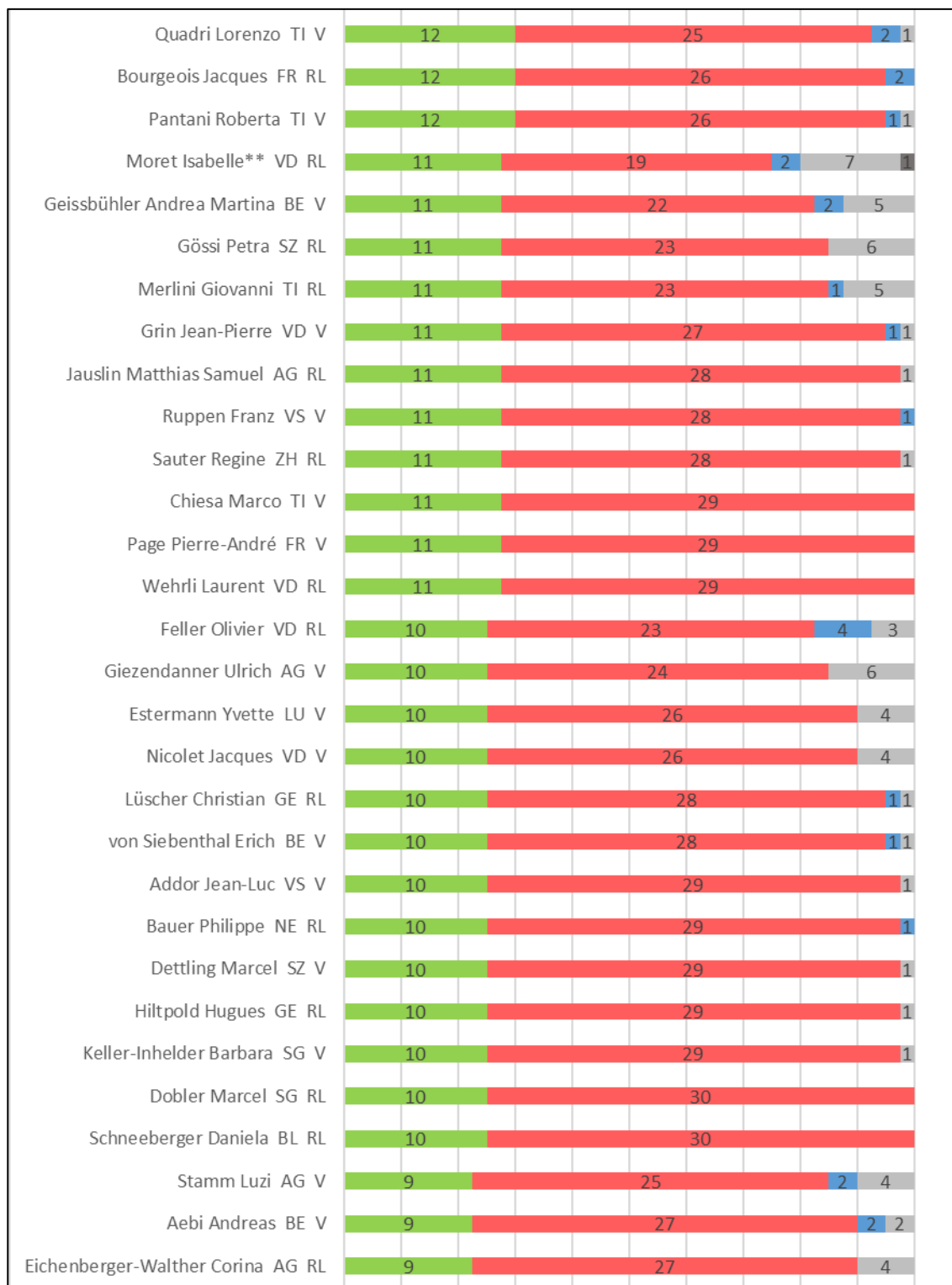
In Tabelle 2 wurden nur diejenigen NationalrätInnen berücksichtigt, die die ganze Legislatur (2015-2019) im Amt waren. Diejenigen, die während der Legislatur ausgeschieden sind, finden sich in Tabelle 3. Tabelle 4 zeigt die Rangliste der NationalrätInnen, die während der Legislatur nachgerutscht sind. In Tabelle 5 sind die ParlamentspräsidentInnen aufgeführt. Sie kommen nur bei Stichentscheiden zum Zug und konnten deshalb bei vielen wichtigen Konsumentenangelegenheiten nicht abstimmen.

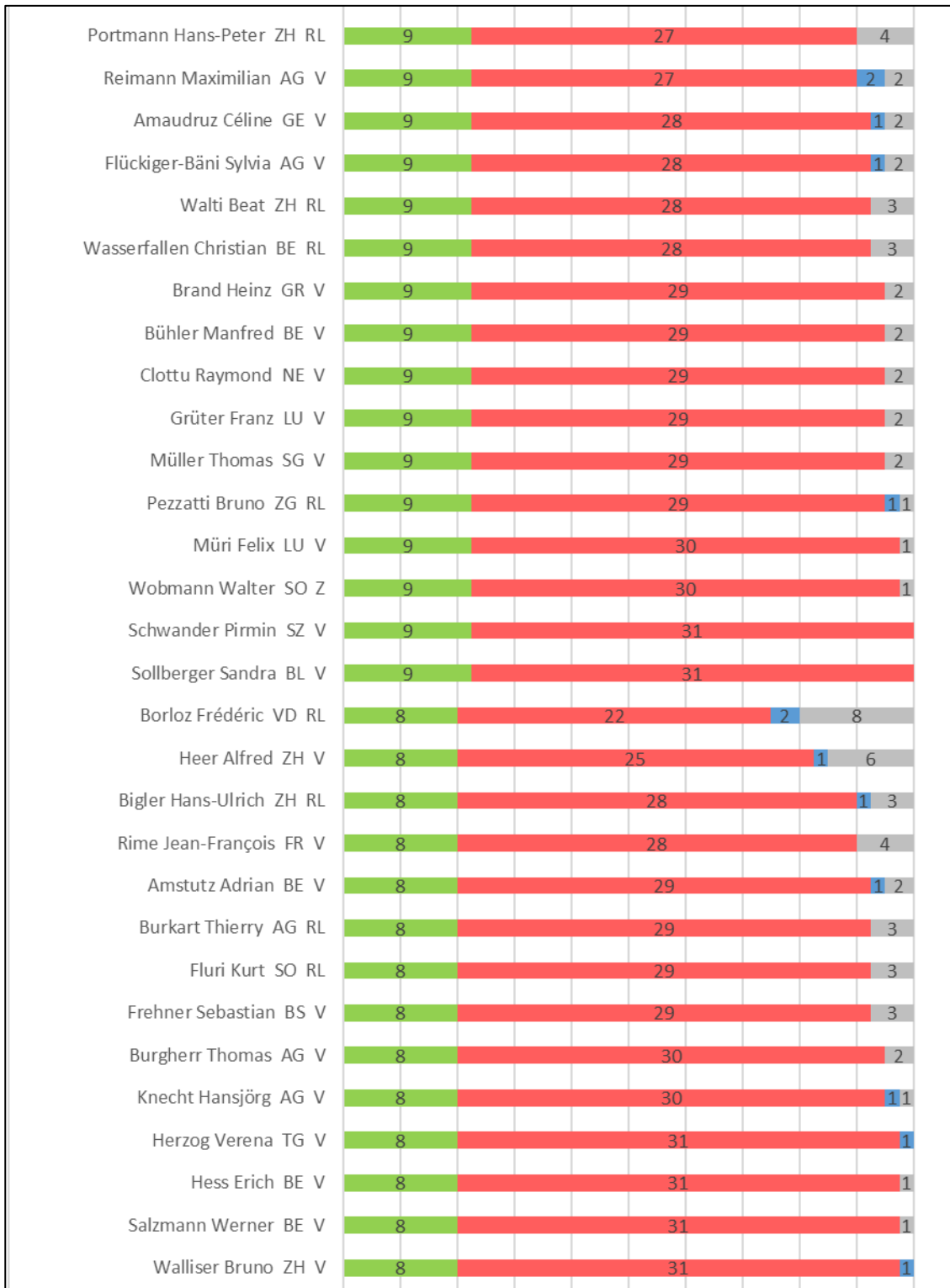
Tabelle 2: Parlamentarierrating (NationalrätInnen, die die ganze Legislatur im Amt waren)











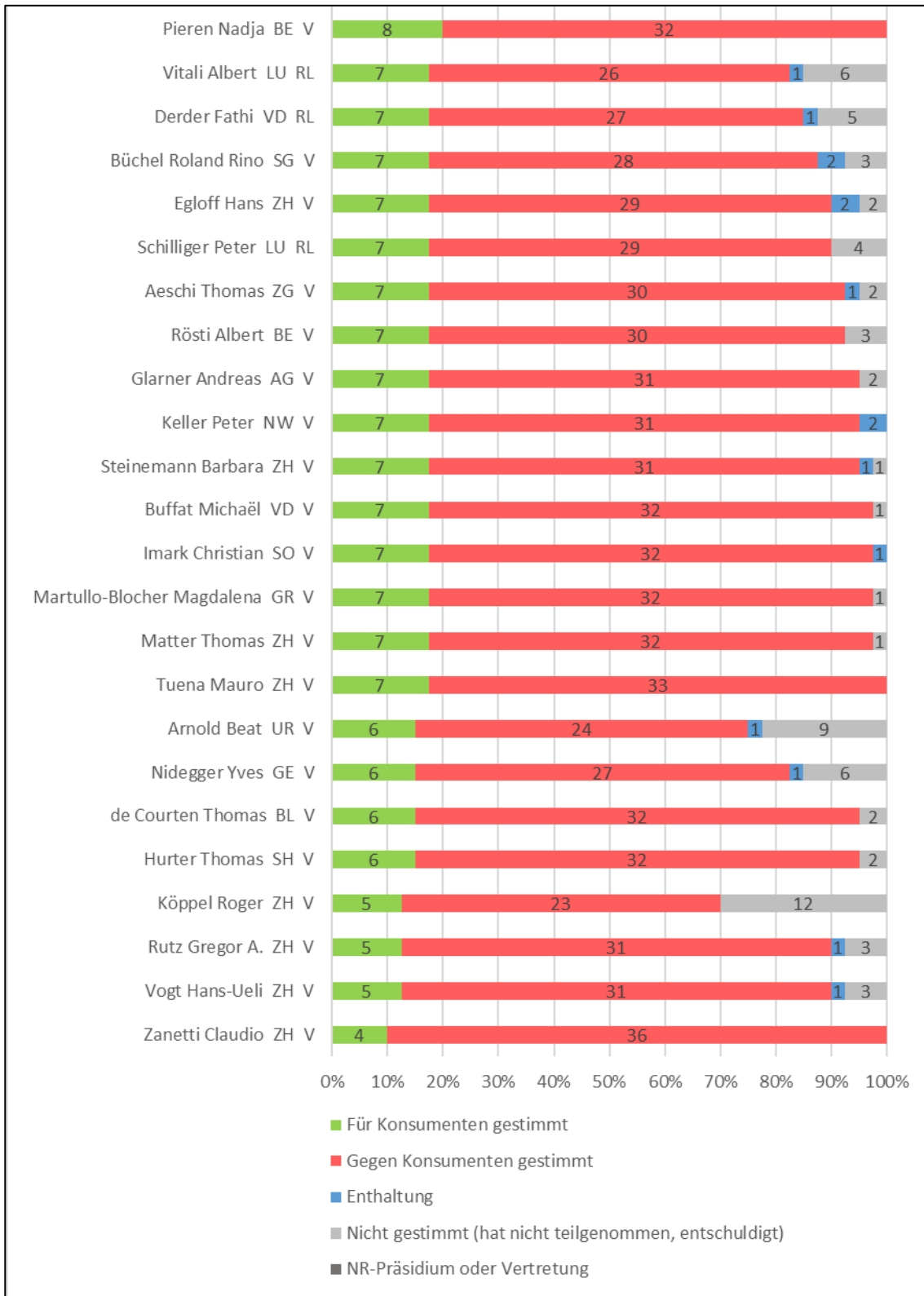


Tabelle 3: Während der Legislaturperiode aus dem Rat ausgeschiedene ParlamentarierInnen

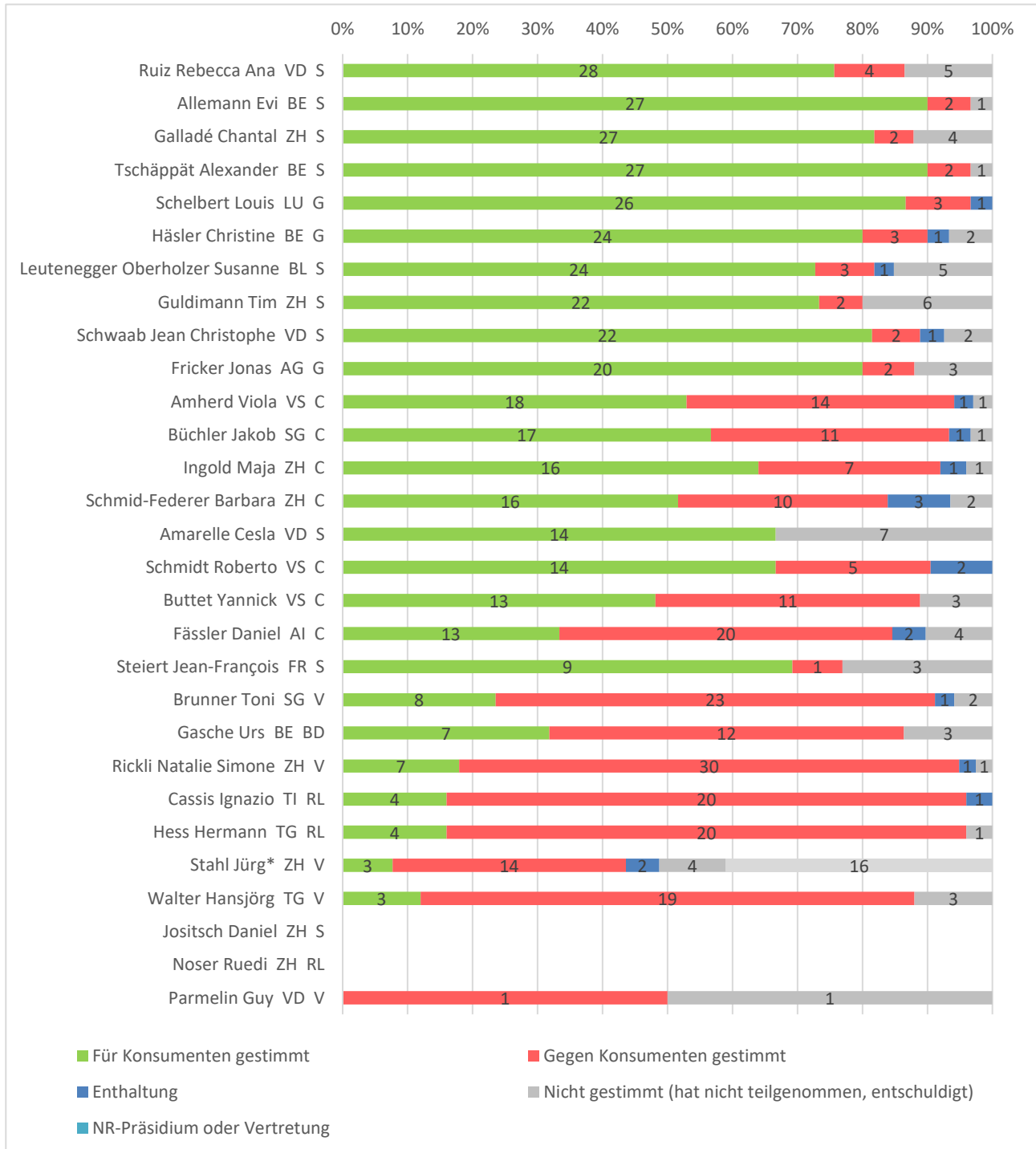


Tabelle 4: NationalrätInnen, die während der Legislatur nachrückten

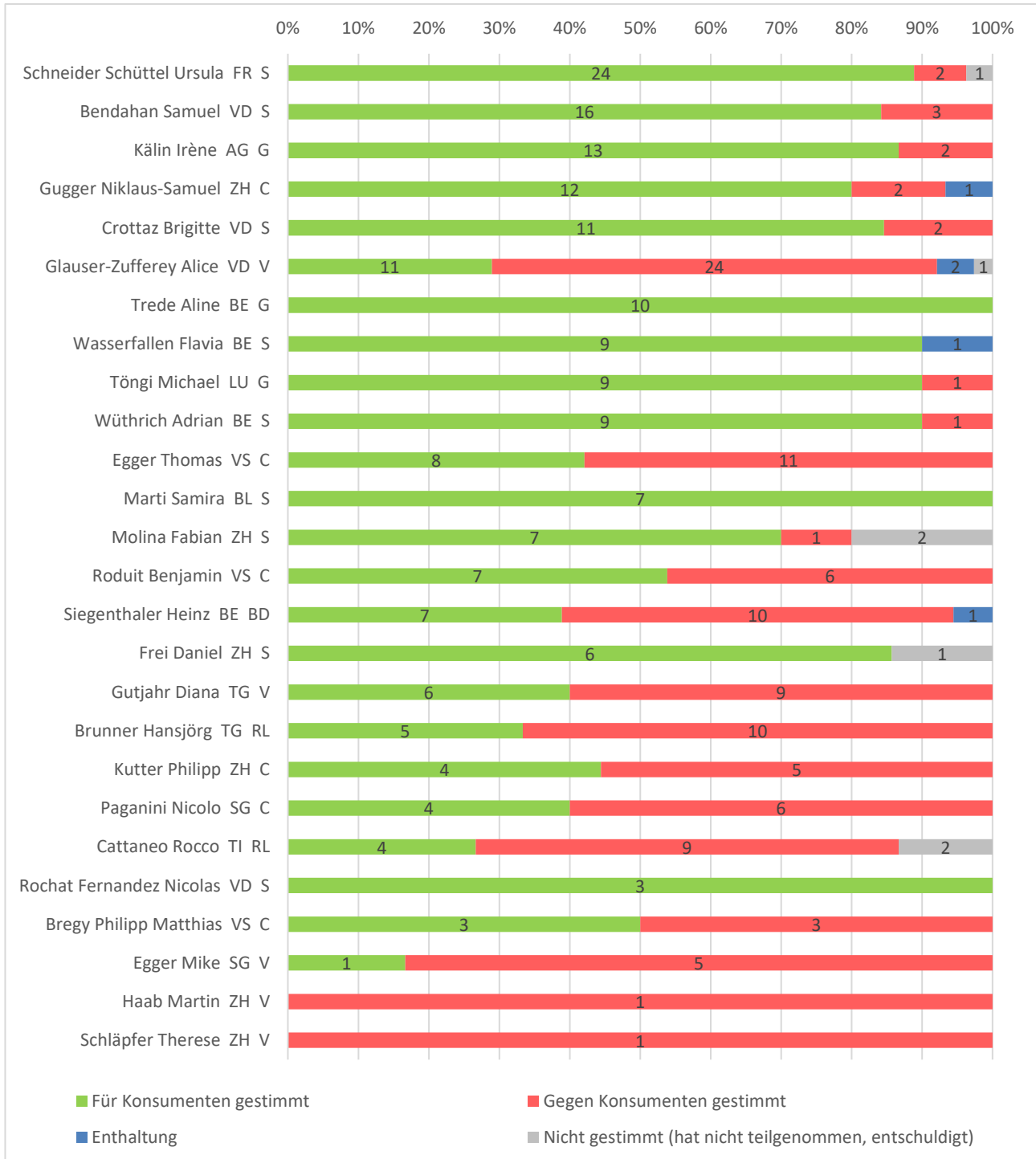
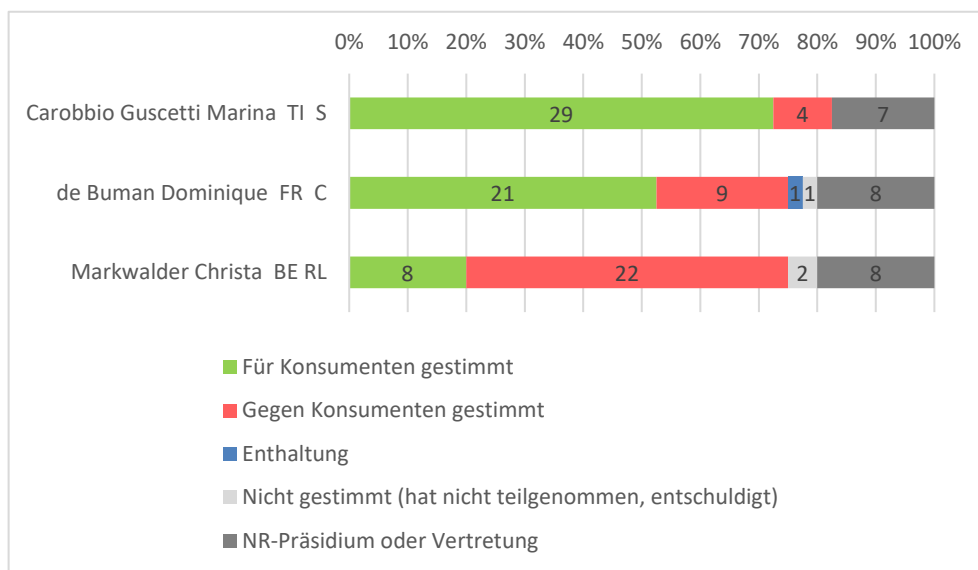


Tabelle 5: ParlamentspräsidentInnen*



* Jürg Stahl ist in Tabelle 3 aufgeführt

3. Vergleich mit der letzten Legislatur

Wie bereits in der Legislatur 2011-2015 sind die SP und die Grünen die konsumentenfreundlichsten Parteien. Auffallend ist, dass die Grünliberalen in dieser Legislatur deutlich weniger oft (47.9%) für die Konsumenteninteressen gestimmt haben als in den vier Jahren zuvor (59.4%). Die CVP stimmte nach wie vor ungefähr in der Hälfte aller Fälle für die KonsumentInnen und hat damit die Grünliberalen überholt. Die BDP stimmte leicht konsumentenfreundlicher als in der Legislatur 2011-2015, bei der FDP hingegen sank die Zustimmung von 31.7% auf 24.8%. Auch wenn sich die Unterstützung der Konsumentenangelegenheiten von 14.2% auf 21.6% erhöht hat, bleibt die SVP die Partei, die die KonsumentInnen am wenigsten unterstützt und am meisten gegen ihre Interessen votiert.

4. Methode: So wurde das Rating erstellt

Für das Parlamentarierrating wurden 40 Abstimmungen der Legislatur 2015 – 2019 ausgewählt, deren Ausgang der Konsumentenschutz und seine Partner FRC und ACSI als wichtig für die Anliegen der KonsumentInnen einschätzte (siehe Tabelle 6). Da das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ständeräte nur teilweise veröffentlicht wird, wurde lediglich die Abstimmungen im Nationalrat berücksichtigt.

ParlamentarierInnen, die während der Legislatur aus dem Nationalrat ausgeschieden oder neu hinzugestossen sind, werden gesondert aufgeführt, aber nicht für die Auswertung nach Fraktionen berücksichtigt. Das Gleiche gilt für die vier NationalratspräsidentInnen Christa Markwalder, Jürg Stahl, Dominique de Buman und Marina Carobbio Guscetti. Sie konnten während der Ausübung ihres Amtes nur bei Stichentscheiden stimmen.

Anhang

Tabelle 6: Geschäfte und Abstimmungen (ausgewählt durch ACSI, FRC und Konsumentenschutz)

Session	Geschäftsnummer	Abstimmung	Titel	Entscheid für Anliegen der KonsumentInnen*
Winter 2015	13.080	12741	KVG. Risikoausgleich; Trennung von Grund- und Zusatzversicherung	Nein
	15.020	12852	KVG. Steuerung des ambulanten Bereichs	Ja
Frühling 2016	14.3175 Mo. Hausammann	12910	Reduktion der Lebensmittelverluste	Ja
	15.3985 Po. Birrer-Heimo	13134	Krankenkassen und Werbeanrufe. Evaluation der Selbstregulierung	Ja
Sommer 2016	15.417 Pa. Iv. Gilli	13409	Reform der Prämienverbilligung	Nein
	14.3478 Mo. Frehner	13499	Weiterverkaufte Tickets dürfen nicht teurer werden	Ja
Herbst 2016	13.074	13776	Energiestrategie 2050, erstes Massnahmenpaket. Art. 33a	Nein
	14.3780 Mo. SP-Fraktion	14233	Kampf gegen die Hochpreisinsel Schweiz. Entschlackte Kartellgesetzrevision	Ja
	14.4278 Mo. Schilliger	14091	Verursacherprinzip auch bei den Inkassokosten. Konkretisierung von Artikel 106 OR	Nein
Winter 2016	16.056	14394	Gentechnikgesetz. Art. 6 Abs. 2 Bst. c	Ja
	9.530 Pa. Iv. Abate	14551	Löschung ungerechtfertigter Zahlungsbefehle	Ja
	14.4217 Mo Thorens	14496	Kein Hormonfleisch in unseren Regalen	Ja
	15.4157. Mo Bischofsberger	14444	Franchisen der Kostenentwicklung der obligatorischen Krankenpflegeversicherung anpassen	Nein
Frühling 2017	15.3732 Mo. Wobmann	14800	Abschaffung der Energieetikette bei Motorfahrzeugen	Nein
	15.3452 Po. SVP-Fraktion	14934	Die Gefährlichkeit von Glyphosat und die Bewilligungen zu dessen Verwendung überprüfen	Ja
Sonder-session 2017	15.3652 Mo. Hardegger	15130	Verkauf und Fortsetzung von nutzlosen Versicherungsverträgen müssen unterbunden werden	Ja
	15.3416 Mo. Flückiger Bani	15124	Rückzahlung der unrechtmässig erhobenen Mehrwertsteuer auf Radio- und Fernsehgebühren	Ja
	16.3762 Po. Mazzone	15025	Achtung, Gefahr! Aluminiumsalze in Deodorants	Ja

Sommer 2017	16.3336 Mo. Candinas	15194	Erhöhung der Internet-Mindestgeschwindigkeit in der Grundversorgung auf 10 Megabit pro Sekunde	Ja
	16.3526 Mo. Steiert	15200	Stopp der Täuschung der Schweizer Konsumentinnen und KonsumentInnen. Keine Schweizer Telefonnummern zur Vortäuschung wirtschaftlicher Tätigkeiten in der Schweiz	Ja
	16.447 Pa. Iv. Carobbio	15437	Für eine Grundversorgung in der ganzen Schweiz	Nein
	16.469 Pa. Iv. Gysi	15478	Kosten für die Krankenkassenprämien gehören in den Landesindex der KonsumentInnenpreise	Nein
Herbst 2017	16.412 Pa. Iv. Leutenegger Oberholzer	15522	Modernisierung des Gewährleistungsrechts	Nein
	15.073 Finanzdienstleistungsgesetz	15563	Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und Finanzinstitutsgesetz (FINIG). Art 28. Retrozessionen gehören dem Kunden	Nein
	16.420 Pa. Iv. De Buman	15523	Für angemessene Zeitschriftenpreise in der Schweiz	Nein
Winter 2017	16.035	16108	Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz (Art. 6 Abs. 5)	Ja
	17.041	16051	Voranschlag 2018 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2019-2021	Nein
Frühling 2018	16.3332 Mo. Grin	16543	Bei den Verhandlungen mit Malaysia muss der Bundesrat Palmöl vom Freihandelsabkommen ausnehmen	Ja
	17.048	16458	Genetische Untersuchungen beim Menschen. Bundesgesetz (Art. 43)	Nein
	17.050	16574	Das Cassis-de-Dijon-Prinzip besser zur Geltung bringen	Nein
Sommer 2018	15.073 Finanzdienstleistungsgesetz	16899	Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG) und Finanzinstitutsgesetz (FINIG). Änderung von Art. 40a OR	Nein
Herbst 2018	17.058 Fernmeldegesetz	17702	Revision Fernmeldegesetz. Streichung Art. 11c	Nein
	17.058 Fernmeldegesetz	17704	Revision Fernmeldegesetz. Streichung Art. 12a ^{bis}	Nein
Winter 2018	17.069 Urheberrechts-gesetz	18114	Urheberrechtsgesetz. Änderung. Art. 37a	Nein
Frühling 2019	18.4091 Vermittler-provisionen	18437	Krankenkassen. Verbindliche Regelung der Vermittlerprovisionen, Sanktionen und Qualitätssicherung	Ja

	18.049. Bundesgesetz über elektronische Identifizier- ungsdienste	18541	Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste. Art. 15 Abs. 1, Bst. n	Nein
	13.426 Pa. Iv. Poggia/Golay	18597	Keine stillschweigenden automatischen Vertragsverlängerungen	Nein
Sonder- session 2019	17.043 Versicherungs- vertragsgesetz	18731	Versicherungsvertragsgesetz. Art. 3 Abs. 1 Bst. l (in Verbindung mit Art. 35d)	Nein
	17.043 Versicherungs- vertragsgesetz	18742	Versicherungsvertragsgesetz. Art. 45	Nein
Sommer 2019	18.096 Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Volksinitiative	19138	Minderheitsantrag Rückweisung an die Kommission mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags auszuarbeiten.	Nein

* „Ja“ oder „Nein“ bedeuten in der Regel Zustimmung bzw. Ablehnung zum Antrag der vorberatenden Kommission und nicht zwangsläufig Zustimmung oder Ablehnung eines bestimmten Gesetzesartikels oder Vorstosses.